

3

USA – EINE SUPERMACHT AM ABGRUND?
International

6

ALLES NACH PLAN
BRD

9

ALLE FRAUEN SIND GLEICH?
Frauen

10

EIN NEUES VERSAMMLUNGSRECHT FÜR BERLIN
Berlin

12

WEITERE BULLENSCHIKANEN IN MÜMMEL
Hamburg

14

ABSTAND ODER SICHERE SPIELPLÄTZE
Bremen

16

DIE SCHWABE BLEIBT
Thüringen

18

REZENSION: „DER ÜBERLÄUFER“
Kultur

Liebe Leserinnen und Leser,

der kommende Sommer wird heiß und das nicht nur, weil die Temperaturen steigen. Die ökonomische Krise des Imperialismus, die eine Überproduktionskrise ist, nimmt soeben erst noch an Fahrt auf. Doch schon jetzt demonstrieren die Massen auf der ganzen Welt ihre Macht und lassen die Reaktion erzittern. Sie zeigen, dass sie den Ausnahmezustand nicht wollen, der unter dem Vorwand der Corona-Pandemie ausgerufen wurde. Zehntausende demonstrierten Anfang Juni allein in der BRD gegen Rassismus, ausgelöst vom Mord an George Floyd in den USA. Und die Reaktion schreckte davor zurück, ihre Kontaktsperre und andere Beschneidungen der demokratischen Rechte durchzusetzen. Die Masse an Menschen war für sie einfach nicht kontrollierbar, ohne eine größere Konfrontation einzugehen, und das sollten wir uns gut merken. In Hamburg rächten sich die Bullen nach der Demo vor allem an Minderjährigen.

Bei vielen ist das volle Ausmaß der Krise auch noch nicht angekommen, doch auch hier wird das böse Erwachen kommen. Viele, die jetzt gerade noch in Kurzarbeit sind, werden wohl langfristig ihren Job und damit ihren Lebensunterhalt verlieren. Die ersten großen Entlassungswellen sind jetzt angekündigt worden. Alleine bei der Lufthansa werden es wohl 22.000, davon die Hälfte in der BRD. Auch die Deutsche Bahn soll bei den Personalkosten sparen. Autofabriken schrauben die Produktionszahlen runter. Aber wie gesagt, wir sind erst am Anfang. Die Beschneidungen der öffentlichen Gelder werden erst noch kommen, wenn die schwarze Null wieder erreicht werden soll, nachdem Milliarden für die großen Monopole rausgeworfen wurden. Das heißt, jeder wird die Krise am eigenen Leib zu spüren kriegen. Und der Widerstand dagegen wird sich noch breiter und

mächtiger aufstellen, als es jetzt bei den Protesten gegen Rassismus war – ob Pandemie oder nicht.

Zum jetzigen Zeitpunkt hält der geschlossene „Burgfrieden“ noch. Aber früher oder später wird er durchbrochen werden und alle Teile des Volkes werden daran gehen, das Gewonnene zu verteidigen und das Verlorene wieder zu erobern. Die Revolutionäre müssen alles dafür tun, dass es eher ein früher als ein später wird. Die Zeit der Grabenkämpfe und der persönlichen Querelen muss beendet werden, der Respekt der Massen wird nicht gewonnen durch Kleingeistigkeit, Intrige und Pragmatismus. Die Reihen müssen geschlossen werden gegen einen so mächtigen Feind, wie das imperialistische System, das wie ein verletztes Tier um sich beißt.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

USA – EINE SUPERMACHT AM ABGRUND?

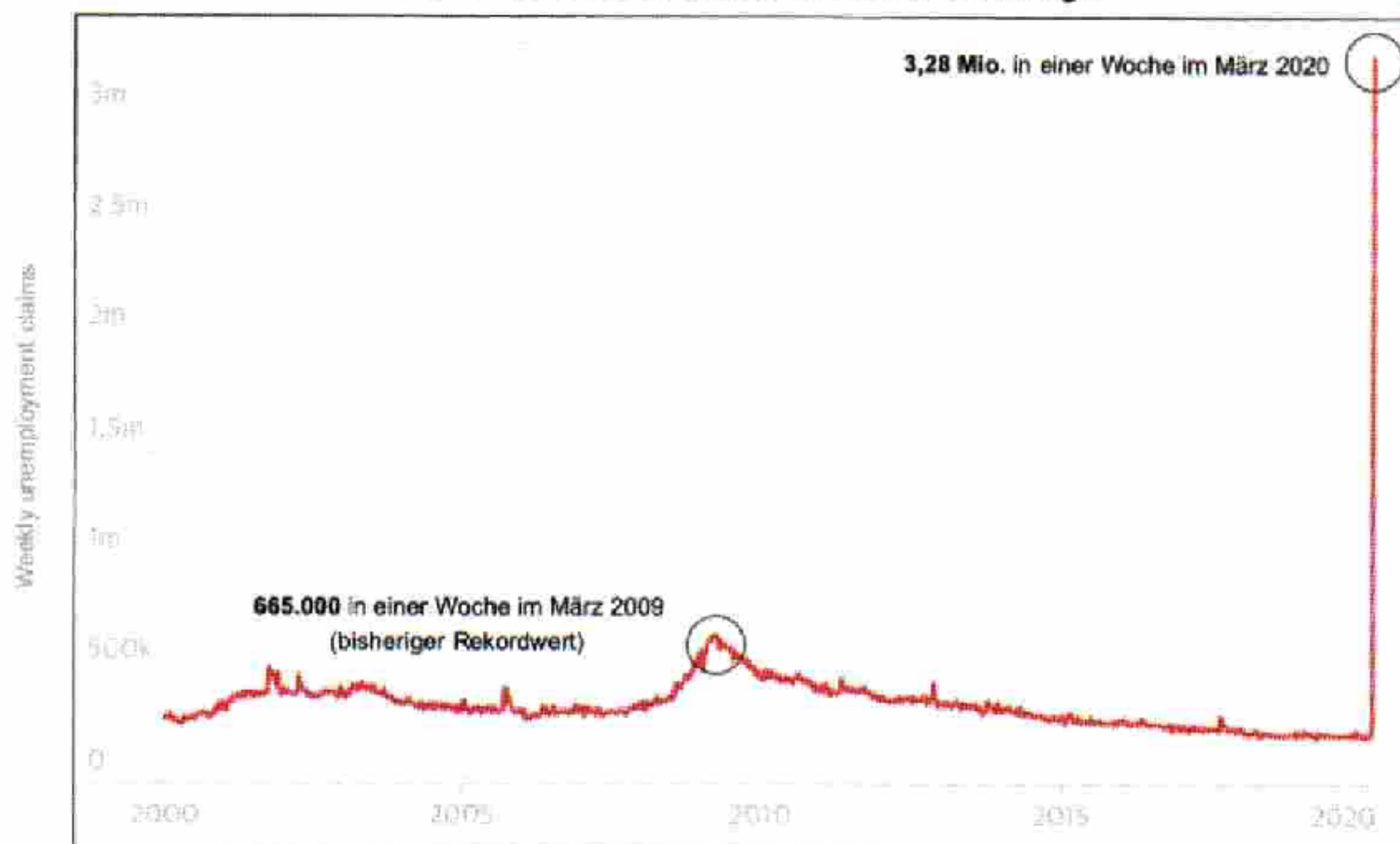
„Ein Jahr des nationalen Traumas“ beschreibt die New York Times die gegenwärtige Lage der USA, die die einzige hegemoniale imperialistische Supermacht der Welt ist. Eine Armutswelle ungeahnten Ausmaßes überzieht das Land. Was für viele vor kurzem noch undenkbar war, wird – ausgelöst durch die ökonomische Krise des imperialistischen Systems – brutale Wirklichkeit für viele US-Bürger. Zwar gab es immer einen Teil des Volkes der USA, der unter erbitterter Armut lebte, doch jetzt wird zunehmend die sogenannte „Mittelschicht“ mehr und mehr in die Armut gerissen. Der „Amerikanische Traum“ löst sich vor den Augen der Menschen in Luft auf und die inneren Widersprüche des Landes verschärfen sich. Die Krise offenbart, auf welch zerbrechlichem und marodem Boden der mächtigste Staat der Welt agiert.

Die Zeichen für eine kommende schwere Rezession hatten sich spätestens Mitte letzten Jahres unter den bürgerlichen Ökonomen in den USA offenbart. Eine Mehrheit von 226 befragten Ökonomen rechnete 2020 oder 2021 mit dem großen Abschwung. Vergangenen August gab es an der Wall-Street-Börse bereits erste typische Vorzeichen einer großen Rezession. Die britische Zeitschrift The Guardian schrieb:

„Der Auftrieb ließ 2017 nach und verließ 2018 als ein besonders unspektakuläres Jahr - außer in den USA, wo Donald Trumps Steuereinschnitte den schwachen Welthandel mehr als ausglich und für einen Konsumboom sorgten. Mit Beginn des Jahres 2019 sieht die Lage ganz anders aus. Die Verbraucherschulden sind in vielen Ländern wieder auf Vorkrisenniveau angestiegen. Die Kreditaufnahme von Unternehmen ist in die Höhe geschossen und die Regierungen sitzen, während sie reduzierte Jahresdefizite haben, weiterhin auf Schuldenbergen, die die bisherige Kreditaufnahme vor der Krise in den Schatten stellen.“

Gerade dann, wenn die Wirtschaft am stabilsten scheint, ist die nächste Krise im Anmarsch. So war die Arbeitslosenquote der USA im Herbst 2019 noch auf einem Rekordtief von 3,5%, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit rund 21,5 Billionen US-Dollar so hoch wie noch nie. Dann kam der große Schlag – konkret am 12. März dieses Jahres, als der Dow Jones einen Fall um 8,4 % hatte – und plötzlich wurden bis zu 7 Millionen Menschen in den USA innerhalb einer Woche arbeitslos. Seitdem sind nun über 45 Millionen Anträge auf Arbeitslosengeld eingegangen, und es ist auch kein Geheimnis mehr, dass die Regierung diese Zahlen beschönigte. Der Sündenbock ist wie überall

**Innerhalb einer Woche (16. – 21.03.2020) fast 3,3 Mio. Anträge auf Arbeitslosenunterstützung.
In der Woche zuvor waren es 281.000 Anträge.**



anderswo auch schnell in dem Corona-Virus gefunden. Tatsächlich sind die USA mittlerweile das Land mit den mit Abstand meisten Infizierten und Toten durch die Pandemie. Doch auch hier ist das nur ein die Krise vertiefender Effekt. Tatsächlich legt dieser Fakt aber die internen Widersprüche der herrschenden Klasse und ihres Staates, die Gründe, warum die Krise Amerika so hart trifft, offen: Die USA sind die größte, aber auch die dekadenteste und verrottetste Macht. Das zeigt sich in Frage der Pandemie im Gesundheitssystem, das noch viel maroder ist als hierzulande, in der Infrastruktur mit z.T. nicht vorhandenen öffentlichen Nahverkehr und dem schlechtesten Stromnetz aller imperialistischen Länder, und – das ist die Hauptsache – in der Ökonomie. So etwas wie Kündigungsschutz gibt es in den USA kaum, egal ob für den Job oder für die Miete. Es gibt allein Acht Millionen Betriebe mit weniger als vier Angestellten, denen jetzt Geld wegbleibt. Um den Laden zu retten, werden die „überflüssigen“ Arbeitskräfte halt entlassen. Das macht den Unterschied: Hier werden die meisten Leute in Kurzarbeit geschickt, da nimmt man ihnen gleich alles weg. In Amerika hat es diese Sachen aus ökonomischer Perspektive bisher nicht gebraucht. Ein paar Menschen leiden extrem darunter, aber solange der Großteil der Bevölkerung arbeiten kann und sich mit den imperialistischen Extraprofiten sättigen lässt, sind die Yankees zufrieden. Mit anderen Worten: Das System in den USA ist für Zeiten des „relativen Wohlstands“ effektiv und scheint für viele Glücksritter verlockend, aber jetzt befinden wir uns in der größten Krise seit dem 2. Weltkrieg. Und die dünnen, zerbrechlichen Stelzen,

auf denen das System des Yankee-Imperialismus steht, bekommen Risse.

In einem Interview mit dem Fernsehsender CBS sagte Jerome Powell, Direktor der Notenbank Fed, einen Fall des BIP um bis zu 30% und eine Arbeitslosenquote von bis zu 25% im zweiten Quartal 2020 voraus. In den bekannten Zahlen tritt dieses Szenario nicht ein, dennoch ist eine Tendenz der ungeschönten bzw. tatsächlichen Zahlen in Richtung Powells Vorhersagen nicht unwahrscheinlich. Allein Flugzeugbauer Boeing will 12.000 Angestellte in einem Ruck entlassen. Dass ein großer Teil der nationalen Ökonomie auf die Konsumwirtschaft gerichtet ist, verstärkt die Situation auch nochmal. Wer kein Geld mehr verdient, kann sich keine Konsumgüter leisten – so fallen auch mehr Stellen in der Konsumwirtschaft weg. Die Zusammenfassung für die am meisten Leidtragenden der Krise in den USA: Keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung.

Der Großteil der Menschen in den USA hat eine eigene private Immobilie. 43 Millionen Menschen leben zur Miete. Diese 43 Millionen sind natürlich im Wesentlichen auch diejenigen, die am weitesten unten sind. Und die trifft die Krise bekanntermaßen als erstes und am heftigsten: Viele Menschen, die – zumindest kurzfristig – ihre Arbeit verloren haben, wohnen zur Miete. Laut dem „National Multifamily Housing Council“ konnte schon im April jeder Fünfte nicht mehr rechtzeitig seine Miete zahlen. Die Vermieter und Immobilienhaie machen kurzen Prozess. Sobald die Gerichte wieder öffnen konnten, wurden Tausende von Räumungsklagen wegen



Infolge der Zwangsräumungen errichtetes Zeltlager

nicht bezahlter Miete eingereicht. Der Prozess dort ist ebenso kurz: Nach normalem Prozedere dauert es bei einer solchen Klage etwa nur zwei Wochen bis zum Urteil. Nur zwei Tage später muss der Mieter aus der Wohnung sein, wenn er verloren hat. Obendrauf kommen aktuell Mieterhöhungen durch die angeschlagenen Mietunternehmen von bis zu 50%. Für Viele ist das viel zu viel. Während die neue Immobilienblase an Volumen gewinnt, rollt eine Welle der Zwangsräumungen und die damit einhergehende Welle der Obdachlosigkeit auf Amerika zu. Wer seinen Job gekündigt bekommt, kann keine Hilfe erwarten. Dann fehlt das Geld für die Miete. Da gibt es ebenso keine Hilfe. Deshalb kommt nun des öfteren der Spruch: „Dann muss ich wohl in meinem Auto schlafen“. Denn in den USA ist ein Auto, besonders in den ländlichen Regionen, wegen des maroden Zustands des öffentlichen Nahverkehrs, lebensnotwendig. Vielerorts werden nun Zeltlager aufgeschlagen. Im Herzen des stärksten Finanzkapitals der Welt mag das absurd erscheinen, aber es legt die Zerbrechlichkeit der Bestie des Yankee-Imperialismus schonungslos offen. Und der Widerstand im Volk wächst. Genossen in den USA haben nun mit der Gründung der „United Neighborhood Defense Movement“ (UNDM) und der Initiation eines nationalen Mietstreik-Aktionstags diesen Kampf vorangetrieben.

Der Yankee-Imperialismus steht vor einem großen Problem. Viele Ökonomen sprechen davon, dass er keine Märkte mehr finden wird, um weiter zu expandieren, dass sich seine Wirtschaft verlangsamen wird. Dann bleibt er auf seiner Überproduktion sitzen. Die Krise trifft die USA ins Mark, sie entfacht die Entwicklung der Widersprüche im eigenen Land. Jetzt eskalieren sie die Aggression in Venezuela im verzweiferten Drang nach Expansion, während die Massen im eigenen Land rebellieren. Die Wut der Massen in die Bahnen einer bürgerlichen, von einer Fraktion der Bourgeoisie im Lichte der anstehenden Präsidentschaftswahlen getragenen Bewegung zu leiten, wird nicht dauerhaft funktionieren. Hinzu kommt der täglich steigende Widerstand der unterdrückten Völker gegen das Joch des Yankee-Imperialismus.

Die Wirtschaft fährt wieder hoch, doch die Entlassungen nehmen trotzdem zu. Der Yankee-Imperialismus liefert das beste Beispiel dafür ab, was diese Krise ist, nämlich eine relative Überproduktionskrise des imperialistischen Systems. Der „American Dream“ – bekannt unter dem Motto „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ – entpuppt sich für noch größere Teile des Volkes in den USA als Illusion und der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Land verschärft sich. •



Aktionen der United Neighborhood Defense Movement am nationalen Mietstreik-Aktionstag

ALLES NACH PLAN

In den letzten Wochen kamen hier in der BRD immer wieder Meldungen darüber, dass große deutsche Unternehmen vom Staat mit milliardenschweren Hilfspaketen unterstützt werden. Besonders stachen dabei die Lufthansa, die Autoindustrie und auch die Deutsche Bahn hervor. Drei Konzerne, die aus verschiedenen Gründen eine wichtige Rolle für den deutschen Imperialismus spielen. So kann der Staat nicht zulassen, dass sie durch die ökonomische Krise geschwächt werden. Denn der deutsche Imperialismus hat einen Plan und ein Ziel, das er anstrebt. Er möchte von einer einfachen imperialistischen Macht zu einer imperialistischen Supermacht aufsteigen und sich die Welt Untertan machen. Um diesen Plan zu verwirklichen, arbeitet der deutsche Imperialismus auf ökonomischem, militärischem und politischem Gebiet auf Hochtouren. Mit dem „Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ wurde der militärische Plan gegeben. Auf ökonomischer Ebene hat der deutsche Imperialismus im Februar des letzten Jahres seinen Plan vorgelegt, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlichte damals die sogenannte „Nationale Industriestrategie 2030“. Vom Ministerium selbst heißt es über die Industriestrategie: *„Gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaft leistet die Industriestrategie 2030 einen Beitrag, um wirtschaftliche und technologische Kompetenz, Wettbewerbsfähigkeit und Industrieführerschaft zu sichern und wiederzuerlangen.“* – was im Endeffekt in Zucker gehüllte Worte dafür sind, die Durchsetzung der ökonomischen Interessen des deutschen Imperialismus nach vorn zu peitschen.

Die ökonomische Krise des imperialistischen Systems nutzt die BRD nun, um den Plan, den sie in der Industriestrategie geschmiedet haben, umzusetzen. So wie die Wirtschaftskrise von der Bourgeoisie fälschlicherweise mit der Pandemie erklärt wird, so dient Corona den Herrschenden gleichzeitig als Rechtfertigung für alle möglichen Schweinereien. In diesem Sinne ist das Virus für die herrschende Klasse in diesem Land ein riesengroßes „Geschenk“. So haben sie den Sündenbock Corona, den sie für alles verantwortlich machen und der an allem Schuld

sein soll, was gerade passiert. Doch der Grund für die Wirtschaftskrise ist nicht die Pandemie sondern dieses System.

So setzen sie nun alles daran, ihren Plan, ihre Industriestrategie in weiten und wichtigen Teilen umzusetzen. Einer dieser wichtigen Teile ist, die großen Unternehmen zu stärken oder wie im oben genannten Zitat steht *„Wettbewerbsfähigkeit und Industrieführerschaft zu sichern“*. Das heißt Monopole zu schaffen, die in der Lage dazu sind, sich europa- und weltweit zu behaupten. Hierzu gilt in der



„Nationale Industriestrategie 2030“: ein Plan in Aktion

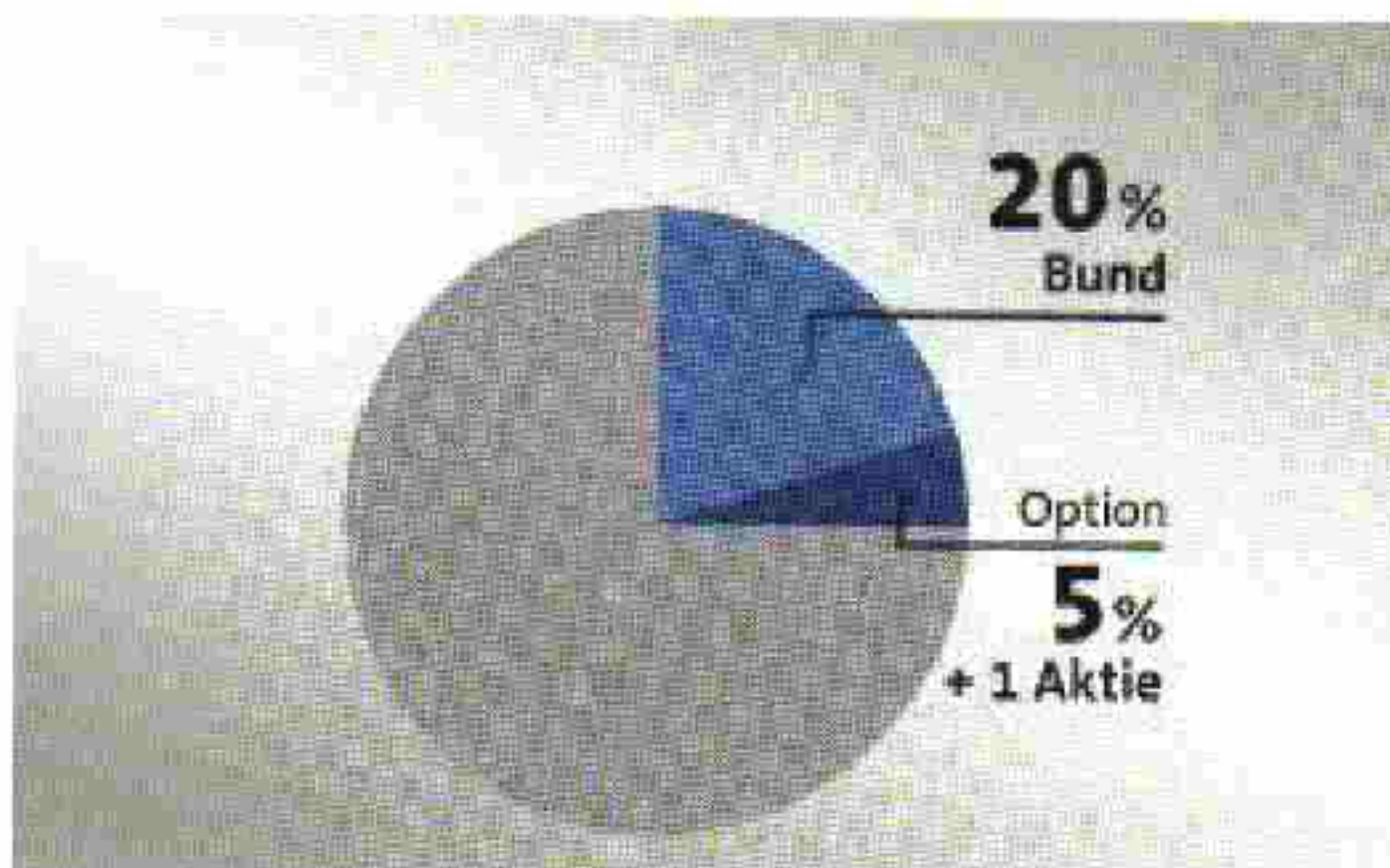
Industriestrategie auch das Motto: *„Größe zählt – Size matters!“*. Genau das passiert mit den Milliarden von Euros, die sie nun in die großen Konzerne pumpen, die für den Plan des deutschen Imperialismus geeignet sind. So wie die Lufthansa. Der Lufthansa

wurden vom Staat ganze Neun Milliarden Euro hinterhergeworfen. Eine große Fluglinie wie die Lufthansa nimmt für ein imperialistisches Land wie Deutschland eine besondere Bedeutung ein, denn die Produktion basiert heutzutage auf dem sogenannten „Just in time“-Prinzip. Es gibt keine langen Lagerungszeiten mehr, sondern die Teile für die Produktion werden direkt geliefert, um verbaut zu werden. Das erfordert einen eng getakteten Zeitplan und reibungslos funktionierende Lieferketten, die teilweise über den gesamten Erdball verteilt laufen. Um diese globalen Lieferketten garantieren zu können, braucht eine imperialistische Nation eine starke Fluglinie. Doch in der Frage der Lufthansa zeigt sich noch etwas anderes. Denn der Staat kauft im Zuge seiner Stärkungskampagne gleich 20 Prozent der Aktienanteile der Lufthansa und lässt sich gleichzeitig die Option, um fünf weitere Prozent plus eine Aktie aufzustocken. Das wären zusammengerechnet 25 Prozent plus eine Aktie im Besitz des Staates. Damit hätte der deutsche Staat eine sogenannte Sperrminorität und somit das Recht, Entscheidungen zu blockieren, also direkte Entscheidungsgewalt im Konzern. Dazu kommt, dass 25 Prozent ein Aktienanteil ist, der in der Regel schon ausreicht, um ein Unternehmen komplett zu kontrollieren. Was die BRD an dieser Stelle im Endeffekt macht, ist die Entwicklung von staatsmonopolistischem Kapitalismus, wie er im Buche steht. Der Staat pumpt Geld aus der Staatskasse in Unternehmen, um sie so weit wie möglich zu stärken. Die Lufthansa ist da kein Einzelfall. Das Land Niedersachsen, also der Staat, hat einen Anteil von 20 Prozent an den Aktien von Volkswagen, und

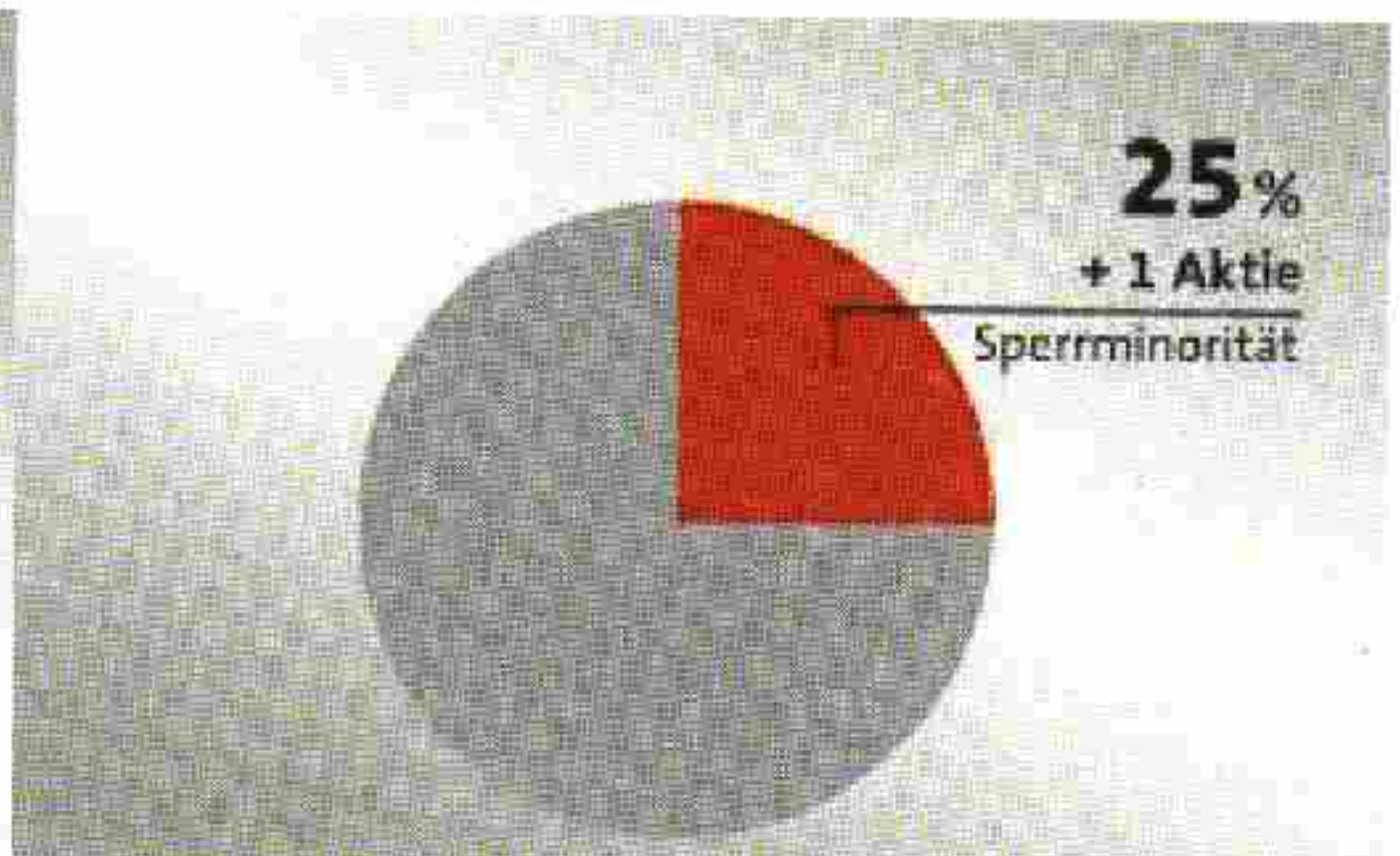
die Deutsche Bahn ist sogar zu 100 Prozent Eigentum des Staates. Die Bahn ist unangefochtenes Monopol in Sachen Personen- und Güterverkehr auf der Schiene, ihr gehört das gesamte Schienennetz in Deutschland und mit DB-Schenker hat sie ein Tochterunternehmen, das für Logistik und Warenverkehr weltweit eine Rolle spielt. Nun steckt der deutsche Staat noch einmal Fünf Milliarden Euro in seine Bahn.

Auch für VW gibt es Staatskohle, um aus der Krise zu kommen. Wie viel ist noch nicht klar; sicher ist nur, dass es viel sein wird. Denn der Staat hat mit seinem Konjunkturpaket die Subventionierung von E-Autos auf den Weg gebracht. Für den Kauf eines E-Autos soll der Käufer nun eine Prämie von 6000 Euro vom Staat spendiert bekommen. Das soll die Leute dazu bringen, wieder Autos zu kaufen, nachdem im April und Mai der niedrigste Stand an Autokäufen in der Geschichte der BRD erreicht worden war. Gleichzeitig feiert sich die „Klimabewegung“ dafür, dass keine Verbrenner subventioniert werden, sondern nur die vermeintlich umweltfreundlichen E-Autos. Tatsächlich dient hier die „Klimabewegung“ der Rechtfertigung der Interessen des deutschen Imperialismus. In der „Nationalen Industriestrategie“ steht geschrieben:

„Sollte bei dem Automobil der Zukunft die digitale Plattform für Autonomes Fahren mit Künstlicher Intelligenz aus den USA und die Batterie aus Asien kommen, hätten Deutschland und Europa mehr als 50 Prozent der Wertschöpfung in diesem Bereich verloren. Die damit verbundenen Auswirkungen gingen weit



Beteiligung der BRD an der Lufthansa



über den Bereich der Automobilwirtschaft hinaus. Diese Problematik betrifft deshalb nicht nur die Unternehmen der Branche, sondern alle wirtschaftlichen und staatlichen Akteure gleichermaßen.“

Die Produktion von E-Autos, in denen die gewünschten Batteriezellen verbaut sind, und die Kaufprämie für diese sind also keine gute Tat für das Klima, sondern dienen voll und ganz dem Plan des deutschen Imperialismus.

Um die eigene Wirtschaft zu stärken, braucht der deutsche Imperialismus also starke Konzerne, mächtige Monopole, die weltweit standhalten können. Allerdings steht sich der Staat in dieser Frage selbst im Weg. Denn Monopole sind offiziell eigentlich verboten. In der Industriestrategie hat man sich aber schon was überlegt, um dieses Problem zu umgehen. Es heißt:

„Das europäische und deutsche Wettbewerbsrecht müssen überprüft und gegebenenfalls geändert werden, damit für deutsche und europäische Unternehmen ein internationaler Wettbewerb ‚auf Augenhöhe‘ möglich bleibt.“

Genau das wird jetzt gemacht. Denn das Bundeskartellamt hat nun Kartelle zu Teilen legalisiert. Diese Kartelle sind Verbände unterschiedlicher Unternehmen, die unter anderem Preisabsprachen treffen, um so Konkurrenten auszuschalten und den Markt aufzuteilen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil

der Monopolisierung. Der vorgeschobene Grund für die Legalisierung ist natürlich Corona. Zunächst wurden bereits im März Kartelle im Bereich der Pharmaindustrie erlaubt und Mitte Juni dann auch in der Autoindustrie. So schrieb das Bundeskartellamt, dass sie „ein koordiniertes Vorgehen“ erlauben und entschieden haben, „derzeit von einer vertieften kartellrechtlichen Prüfung abzusehen“. Das Bundeskartellamt ist angeblich dazu da, genau diese Kartelle zu bekämpfen. Aber die Arbeit des Bundeskartellamtes demaskiert sich ständig selber, auch wenn es aktiv ist. Die verhängten Geldstrafen für Kartellbildung betragen in der Regel gerade mal einen Bruchteil von dem, was für die Konzerne durch die Kartellbildung im Endeffekt an Profit herausspringt. Auch hier zeigt der deutsche Staat, dass er keine unüberlegten Schritte geht, die nicht einem Plan entspringen.

All diese Dinge sind also keine Zufälle. Der deutsche Imperialismus hat einen klaren Plan, der darauf hinarbeitet, sich zu einer imperialistischen Supermacht zu entwickeln. Dieser Plan wird strikt verfolgt und die jetzige Situation der Wirtschaftskrise und der Pandemie wird vom deutschen Staat konsequent genutzt, um diesem Zweck zu dienen. Mit der Nationalen Industriestrategie 2030 hat der deutsche Imperialismus einen Plan, seine ökonomischen Interessen durchzusetzen, und die Realisierung dieses Plans findet genau jetzt in diesen Zeiten massiv statt. •



ALLE FRAUEN SIND GLEICH?

Wir freuen uns, an dieser Stelle eine Zuschrift einer Leserin zu veröffentlichen.

Als ich letztens einen Artikel über eine Polizistin las, die bei einer Abschiebung übergriffig und gewalttätig wurde, wurde ich sehr wütend. Im September 2019 sollte eine afghanische Mutter mit ihren vier Kindern nach Stockholm abgeschoben werden. Die Mutter klagte über Bauchschmerzen, Sanitäter empfahlen, sie in ein Krankenhaus zu bringen. Erst redete die Polizistin auf die zwölfjährige Tochter ein, dass sie ihre Mutter davon überzeugen sollte, sich abschieben zu lassen, sonst würden sie und ihre Brüder alleine nach Schweden fliegen. Als das Kind weinte und die Mutter immer noch über Schmerzen klagte, schlug die Polizistin vor, die Kinder schon mal ohne die Mutter abschieben zu lassen.

Ein weiterer Fall ereignete sich ähnlich. Eine Familie sollte abgeschoben werden, die Mutter der Familie war darüber verständlicherweise sehr aufgebracht. Es wurde versucht, ihr eine Beruhigungstablette zu geben, was sie jedoch ablehnte. Auch Ehemann und die Tochter versuchten, sie zu überreden, die Tablette zu nehmen, aber die Frau weigerte sich weiter. Daraufhin kniete sich die Polizistin über die Frau und fing an auf die Frau wild einzureden, hielt ihr die Tablette vor den Mund, bis diese sie schließlich einnahm. Trotzdem wurde die Abschiebung verschoben. Was mit den beiden Polizistinnen und möglichen Konsequenzen ist, wird aus dem Artikel nicht sichtbar. Aber das ist an dieser Stelle auch nicht wichtig. Denn hier geht es um was anderes.

Gerade jetzt steht in den Zeitungen viel über die Situation der Frauen. Wie schlecht diese im Allgemeinen ist und was man nicht alles für die Frauen tun müsste. Aber dabei wird eine wichtige Sache vergessen: Wir Frauen

sind nicht alle gleich. Und ich rede dabei nicht von Hautfarbe, Herkunft usw., sondern welche Position man in dieser Gesellschaft hat. Wenn ich eine einfache Arbeiterin bin, stehe ich ziemlich weit unten in dieser Gesellschaft. Wenn ich Kinder habe, die gerade nicht betreut werden können und ich deswegen zuhause bleiben muss, bin ich ziemlich am Arsch. Das Geld reicht nicht, die Wohnung ist zu klein und meinen Kindern ist langweilig, weil sie keine Schule oder KiTa haben.

Schauen wir uns eine reiche Frau an. Der Mann bringt ausreichend Geld für die Familie mit nach Hause, es hat für ein Haus gereicht und die Kinder werden von dem Au-Pair betreut oder das Geld reicht, dass die Mutter sie zuhause betreuen kann. Ein anderes Beispiel ist die Frau, die es in eine Chefetage geschafft hat und uns deshalb als das Ultimatum unserer Emanzipation verkauft wird. Oder eben die Polizistin, die alles tut, um das bürgerliche Gesetz durchzusetzen und z.B. Menschen abzuschieben, die in ein Land zurück sollen, was die Bundeswehr mit zerbombt hat und wo Krieg herrscht.

Haben wir das gleiche Interesse? Nein! Eine bedingungslose „Frauensolidarität“ ist in der Klassengesellschaft, in der wir leben, falsch. Natürlich können auch reiche Frauen vom Patriarchat unterdrückt sein, aber sie werden es nie so krass sein wie eine Arbeiterin. Die ist nämlich nicht nur vom Patriarchat unterdrückt, sondern auch vom Imperialismus, der dafür sorgt, dass Kapitalisten mit ihrer Arbeitskraft Profit machen, während sie jeden Cent dreimal umdrehen muss. Mein Interesse als Arbeiterin ist es, dieses System zu zerschlagen, welches mich in Ketten

hält; ich bin Teil der Arbeiterklasse. Ich spüre keine Solidarität mit Polizistinnen, mit den Chefinnen und den reichen Frauen, denen es so gut geht, weil es mir so schlecht geht. Die daran interessiert sind, dieses System beizubehalten, uns weiter auszubeuten und zu unterdrücken. Und damit habe ich nichts gemeinsam. Es ist der Klassenstandpunkt, der zählt, und nicht das Geschlecht. •



EIN NEUES VERSAMMLUNGSRECHT FÜR BERLIN

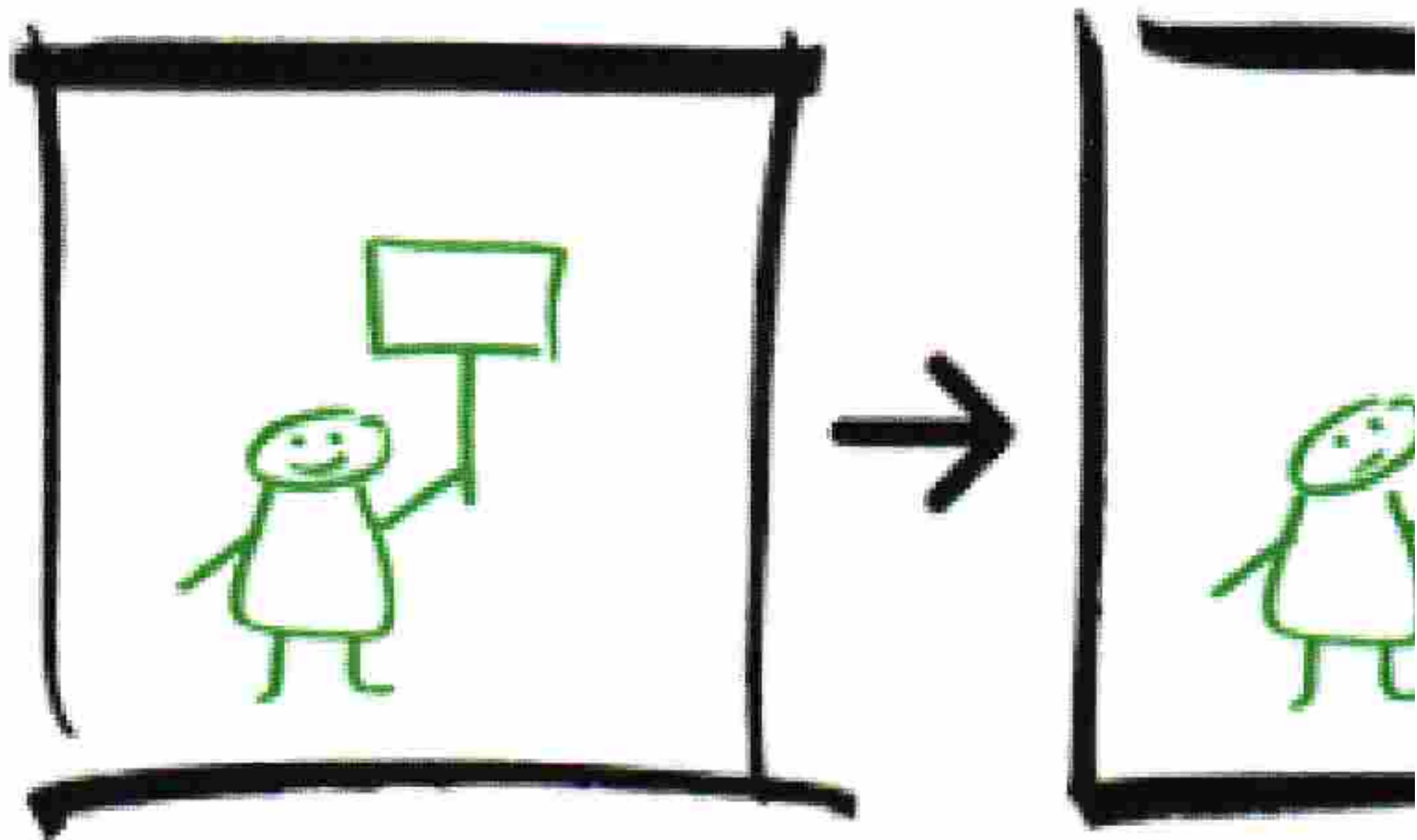
Der Berliner Senat will das Versammlungsrecht reformieren und klopft sich im Voraus schon mal selbst auf die Schulter. Es soll bundesweit eines der „liberalsten Versammlungsgesetze“ für die Bürger sein, freuen sich die Arbeiterverräter von der Linkspartei. Gleichzeitig lobt es die Bullengewerkschaft GdP als „gute Arbeitsgrundlage“. Somit steht es Aussage gegen Aussage. Wem nützen die Reformen also, dem Volk oder doch der Polizei?

Bürgerliche Zeitungen verbreiten bereits willig die Behauptung der Herrschenden und setzen noch einen drauf. Das neue Gesetz passe zur berlin-typischen ohnehin schon sehr liberalen Handhabung von Versammlungen. Wie „liberal“ das bisher hier so gehandhabt wurde, zeigt das Vorgehen der Bullen am 1. Mai. Aktivisten, die nur ein Transparent hielten, wurden unter Corona-Vorwand als Gefahr gegängelt und ihnen explizit die politische Meinungsäußerung verboten.

Einerseits soll das Versammlungsverbot gelockert werden, das Mitführen von sogenannten Versammlungsgegenständen soll zukünftig nicht mehr strafbar sein. Wobei das alleinige Mitführen in Berlin auch nie so wirklich strafbar war. Andererseits sollen die Bullen in Zukunft vor oder sogar während einer Demonstration selbst entscheiden können, ob sie Versammlungen tolerieren oder verbieten wollen. Das öffnet weiterer Willkür Tür und Tor. Weiterhin sollen Demonstrationen vor dem Berliner Abgeordnetenhaus nicht mehr pauschal verboten werden. Der Präsident des Abgeordnetenhauses soll allerdings ein Verbot jederzeit aussprechen können, damit die Politbonzen den Protest der Massen aus ihrem Sichtfeld jederzeit verbannen können. Es ist also, wie überall in diesem Gesetzentwurf, eine

Hintertür eingebaut, um die ohnehin sehr kleinen „Liberalisierungen“ wirkungslos zu machen. Von prinzipiellen Änderungen aber war eh nie die Rede.

Unter der Losung, „menschenfeindliche Anfeindungen“ verhindern zu wollen, will das Land Berlin künftig stärker vorsortieren, welche Demonstrationen legitim sind und alle anderen verbieten. Demonstrationen sollen künftig verboten werden können, wenn „gegen eine nationale, durch rassistische Zuschreibung beschriebene, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft



bestimmte Gruppe [...] zum Hass aufgestachelt“ wird. Außerdem werden bestimmte Orte und Daten genannt, an denen Versammlungen grundsätzlich verboten werden, wenn sie „die Würde der Opfer beeinträchtigen“: Der Jüdische Friedhof Weißensee, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der 9. November und viele mehr. Was auf den ersten Blick wie ein Generalverbot für Naziaufmärsche klingt, wird diese in ihrer Gesamtheit ziemlich unberührt lassen. Stattdessen wird auf Demonstrationen wie den Al-Quds-Marsch gezielt, der sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel richtet. Es gibt auf dieser Demonstration zwar bestimmt einige Reaktionäre,

aber es ist dennoch ein Beispiel, wie so, ganz im Sinne der deutschen Staatsräson, die Solidarität mit dem palästinensischen Volk von Berliner Politikern und der bürgerlichen Presse schon seit Jahren zur Judenfeindschaft zurechtgelogen und ein Verbot der Veranstaltung gefordert wird. Mit dem neuen Versammlungsrecht rückt es in greifbare Nähe. Es ist leicht vorstellbar, dass auf derselben Grundlage dann auch Demonstrationen gegen den Yankee-Imperialismus als „antiamerikanische Hassdemonstrationen“ umgedeutet und verboten werden. Der Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagt dazu: „Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass

Eine weitere Änderung ist, dass die Polizei Versammlungen nicht mehr verdeckt filmen darf; das muss in Zukunft offen erfolgen. Das sind aber nur leere Worte, da man so was ganz einfach nicht ordnungsgemäß kontrollieren könnte. Die Gewerkschaft der Polizei meint dazu, dass das „polizeiliche Maßnahmen [behindert] und wird so nicht funktionieren.“ Wenn also die Polizei jetzt schon sagt, dass das nicht funktionieren würde, dann brauchen wir auch nicht erwarten, dass man das tatsächlich umsetzen würde.

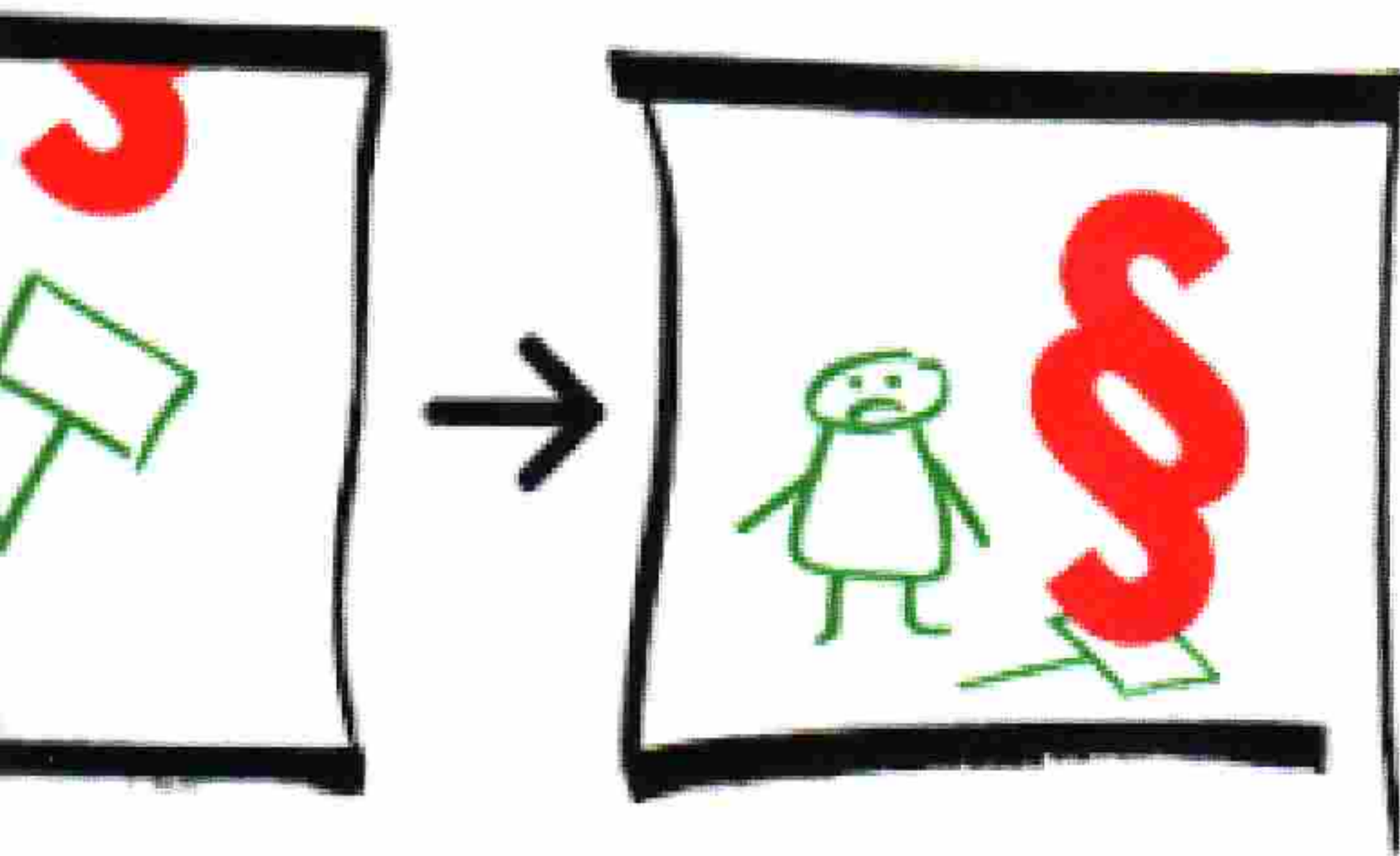
Insgesamt ist auch zu sagen, dass die Bullen in diesem Gesetzentwurf nicht nur mehr legalen Raum für Willkür bekommen. Sie werden auch in den Entscheidungsprozess immer wieder eng miteingebunden. So verkündigt die Gewerkschaft der Polizei bei rbb24 froh: „Man werde sich die einzelnen Paragraphen anschauen und im Rahmen der Beteiligung Anmerkungen anbringen.“

Da alle Dinge den Stempel einer Klasse tragen, wird so allerdingsschnellklar, in wessen Sinne dieses neue Gesetz ist; in dem der herrschenden Klasse und ihrer Sturmtruppen. Die vermeintliche Liberalisierung

unsere Demokratie unter dem Deckmantel der politischen Meinungsfreiheit angegriffen wird.“

Auch die für Antifaschisten und Revolutionäre wichtigen Feiertage 8. und 9. Mai sind gelistet und Veranstaltungen an diesen Tagen können verboten werden, wenn „die Gefahr besteht, dass durch die Versammlung die Würde der Opfer beeinträchtigt“ wird. So absurd es klingt, mit einer ähnlichen Begründung wird es Kommunisten zunehmend verboten, im KZ Buchenwald ihrer dort gefallenen Genossen zu gedenken. Obwohl der Lagerwiderstand in Buchenwald maßgeblich von Kommunisten organisiert wurde, wird gerade jenen heute vorgeworfen, die „Würde der Opfer“ zu stören.

ist mehr Schein als Sein, angebliche Neuerungen bilden keine Grundlage für eine sogenannte Liberalisierung, im Gegenteil. Die Neuerungen geben mehr Entscheidungsmacht über Demonstrationen an die Polizei ab. Auch ist wichtig im Kopf zu haben, dass uns dieses System nichts schenkt. Alle bürgerlichen Rechte, die sie uns gewähren, wurden erkämpft und werden mit Kampf erhalten, auch wenn das nicht unser endgültiges Ziel sein kann. Wenn wir zusammen gegen dieses Ausbeutungssystem kämpfen, können wir viel mehr als das schaffen, wir können diese Ausbeutung beenden. •



WEITERE BULLENSCHIKANEN IN MÜMMELMANNENBERG

Bereits in der letzten Ausgaben der Roten Post berichteten wir von den Schikanen, die im Arbeiterviertel Mümmelmannsberg von den Bullen gegen die Jugendlichen im Viertel gemacht werden. Durch die Proteste in den USA, nachdem die Bullen George Floyd ermordeten, bekommt das Problem Rassismus und Polizeigewalt - gerechtfertigterweise - gerade viel Aufmerksamkeit. Doch für die, die den Rassismus am eigenen Leib erfahren, ist das Problem längst Alltag, gerade in den Arbeitervierteln. Seit der letzten Ausgabe der RoPo erzählen uns mehr und mehr Leute aus den Arbeitervierteln von ihren Erfahrungen mit Polizeigewalt. Hier nur einige Erfahrungsberichte:

Sie erzählen, wie sie den Schikanen der Bullen fast tagtäglich ausgesetzt sind. Wie sie bei willkürlichen Kontrollen geschlagen und getreten, mit dem Gesicht an die Wand oder auf den Boden gedrückt werden. Wie sie auf dem Weg vom Sport nach Hause aus dem Nichts von Zivilbullen angesprungen, festgesetzt und von oben bis unten nach Drogen durchsucht werden, weil sie mit einem Anderen mit schwarzen Haaren und Jogginghose verwechselt wurden. Vor kurzem erst wurde einer Gruppe Jugendlicher unterstellt, sie seien Einbrecher, weil sie nachts auf der Straße rumgehangen haben. Weil sie zufällig neben einem Haus standen, bei dem eine Scheibe eingeschlagen war; es wurden ihre Personalien aufgenommen,

ihre Handys eingesackt. Sie wurden nur nicht in Gewahrsam genommen, weil die Bullen stattdessen Fotos von ihren Gesichtern machten.

Einer der Jugendlichen berichtete uns, er wurde kontrolliert, weil er ein Döner neben der Dönerbude gegessen hat. Ein Mann erzählt, dass als er einem Bullen, der ihn kontrollieren wollte, sagte, er sei mit seinem Bruder unterwegs, der Bulle antwortete: „Jeder hier kann dein Bruder sein!“ Unter dem Vorwand des „Infektionsschutzes“ haben es die Bullen aktuell besonders leicht, die Jugendlichen zu schikanieren und so zu versuchen, das Viertel unter ihrer Kontrolle zu behalten.

Anfang Juni wurde wegen eines Schülerstreiks das gesamte Viertel von einem riesigen Bullenaufgebot mit Maschinengewehren besetzt. Laut unseren Informationen hat ein 13-Jähriger sich einen üblen Scherz erlaubt und vorgegeben, an einer Grundschule Amok zu laufen. Ein Sondereinsatzkommando riegelte nicht nur die betreffende Schule, sondern gleich das gesamte Viertel ab. Jegliche Zufahrtswege waren über mehrere Stunden hinweg gesperrt, niemand kam rein oder raus aus dem Viertel. Auch alle Läden im Viertel wurden von den Bullen besetzt und bewacht. Das Vorgehen der Bullen ging also weit über einen „normalen“ Polizeieinsatz an einer Grundschule hinaus. Das zeigt, dass die Bullen nicht erst überlegen müssen und die Situation überprüfen.



Bullen setzen Pfefferspray gegen Jugendliche im Anschluss an die Demo ein

Sondern sie haben für solche Ausnahmezustände konkrete Pläne, wie sie bestimmte Stadtteile innerhalb kurzer Zeit vollständig abriegeln können.

Gerade jetzt, wo noch mehr anfangen, sich gegen den täglichen Rassismus zu wehren, zeigen sie, dass sie auf alle Ausnahmefälle genaustens vorbereitet sind. Auch die Reaktion merkt, dass die Stimmung langsam kippt und sich die Situation zuspitzt. Die Leute haben genug von der Unterdrückung und davon, zu Hause zu sitzen, wie unter anderem an den Massenprotesten gegen Rassismus und Polizeigewalt zu sehen ist. Allein in Hamburg sind am 6. Juni bis zu etwa 14.000 Menschen trotz Corona auf die Straße gegangen. Da haben auch die kläglichen Einschüchterungsversuche gegen uns, gegen die, die sich ihre Ausbeutung und Unterdrückung nicht mehr gefallen lassen, nichts gebracht.

Am Abend des 6. Juni kam es erneut zu Kontrollen von ausländisch aussehenden Jugendlichen in Hamburg: Nach dem Ende der offiziellen Demo in der Innenstadt wollten die Leute alles andere als nach Hause und die Veranstaltung lief weiter. An einer Stelle wurden Flaschen und Pyro auf die Bullen geworfen. Kurze Zeit später gab es Kontrollen am Hauptbahnhof von 39 migrantischen Jugendlichen. Ein großer Teil von ihnen war einfach nur einkaufen und zufällig in der Nähe. Dabei wurden auch viele Minderjährige kontrolliert, der jüngste von ihnen war 13 Jahre alt. Sie wurden mehrere Stunden vor Ort festgehalten, mussten alle ihre Sachen abgeben und wurden später mit Bussen zur Wache nach Billstedt gekarrt. Sie wurden teilweise bis 2 Uhr morgens dort festgehalten, und selbst die Minderjährigen durften nicht einmal ihre Eltern benachrichtigen. Auf der Wache mussten sie sich bis auf die Unterwäsche ausziehen und wurden fotografiert. Das alles ohne, dass ein konkreter Verdacht überhaupt genannt wurde! Auf Nachfrage der Jugendlichen, was passiert, sagten die Bullen zunächst nur: „Keine Ahnung, Anweisung folgt!“ Später rechtfertigte ein Sprecher der Innenbehörde das Vorgehen zunächst mit der lächerlichen Begründung, demonstrieren sei ja ok, aber man müsse doch die Abstände einhalten. 14.000 Menschen, die dicht gedrängt in der Innenstadt protestieren, lässt die Polizei durchgehen, aber sobald die ersten Flaschen fliegen, heißt es, der Abstand wurde nicht eingehalten.



Bullenschikane am Hauptbahnhof

Es geht einzig und allein darum, die Jugendlichen, die zum Teil zum allerersten Mal auf einer Demo waren, einzuschüchtern! An diesen Jugendlichen wurde ein Exempel statuiert: nachdem sich die Wut und die Rebellion der Jugendlichen auf der Straße entladen hatte, war das die Botschaft der Bullen: „Geht bloß nicht zu weit“. Der Polizeichef von Hamburg hat in seiner Pressekonferenz bekannt gegeben, die Jugendlichen sollten sich den Protesten fern halten, da „unter ihnen auch Linksextremisten sind“. Das zeigt, die Bullen, die Reaktion hat Angst vor den Massen und ihrer Rebellion. Sie wissen genau, welche Sprengkraft es hat, dass die Menschen müde sind von den Corona-Beschränkungen, dass sie genug haben von dem Rassismus, mit dem so viele Tag täglich konfrontiert sind. Deshalb versuchen sie jetzt, die Bewegung zu spalten, in „Radikale“ und „Gemäßigte“, in „Vernünftige“ und „Unvernünftige“.

Kein Wunder, dass die Bullen uns wie Tiere behandeln, wenn es ihr Job ist, den deutschen Staat zu verteidigen. Einen Staat, der seinen Reichtum darauf basiert, andere Länder auszubeuten und unter seine Fuchtel zu stellen! Aber es ist das einzig Richtige, das einzig „Vernünftige“, nicht länger zuzusehen und die andere Wange hinzuhalten, sondern gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen und sich zu wehren! Wir dürfen uns diese Schikanen nicht mehr bieten lassen! •

ABSTANDSKONTROLLE STATT SICHERER SPIELPLÄTZE

Seit Himmelfahrt kommt es jedes Wochenende auf der Sielwallkreuzung abends zu Auseinandersetzungen mit den Bullen. Im Herzen des „Viertels“ hat es gewisse Tradition, dass es die meisten Jahre mindestens einmal im Sommer auf der Kreuzung kracht. Angesichts des Ausnahmezustands haben die Kämpfe diesmal einen anderen, schärferen Charakter. Der Grund dafür, dass die allgemeine Wut über den Ausnahmezustand in angeheizt wird ist die anhaltende Schikane der Bullen. Seit Beginn der Kontaktsperre ziehen sie besonders abends durch das Viertel und seit Anfang Mai kommt es fast jedes Wochenende zu körperlichen Auseinandersetzungen kommt.

Unterdessen kommt es auf zahlreichen Spielplätzen im Stadtgebiet und im Bremer Umland immer wieder zu Funden von „Fallen“ auf Klettergerüsten, Spielflächen und Spielgeräten Messer befestigt. Die Messer klebten an Schaukeln, lagen im Sand versteckt und waren auf Bauch- oder Augenhöhe an Spielgerüsten befestigt, also ganz klar mit dem Zweck, kleine Kinder schwer zu verletzen oder zu töten. Die Polizei hat eine Sonderkommission gegründet, um den Täter zu ermitteln und zu fassen. Richtige Ergebnisse kann sie allerdings noch nicht vorweisen. Stattdessen bleibt es bei einer einfachen Mahnung an die Eltern, bei Besuchen der Spielplätze wachsam zu sein und die Kinder nicht alleine zu lassen. Schließlich haben die Bullen ja besonders abends und nachts, dann, wenn der Täter höchstwahrscheinlich aktiv ist, „wichtigere“ Sachen zu tun.

Zu den durchs Ostertor-Steintor-Viertel abends auf- und abfahrenden Streifenwagen hat die Polizei sich seit Anfang Mai – seit der Alltagsbetrieb langsam wieder hochfährt und auch der Großteil der Leute, die im Viertel wohnen, wieder halbwegs normal rausgeht – praktisch einen Stammparkplatz für mindestens eine Wanne zwischen Ziegenmarkt und Sielwallkreuzung reserviert, als Ausgangspunkt für die willkürlichen Kontrollen. Dadurch ist die Stimmung abends merklich angespannt. Laut Weser Kurier versammelten sich nun an Himmelfahrt ca. 150 Menschen um die Sielwallkreuzung herum, die folgenden Wochenenden waren es bis zu 500. Auch wenn die Bullen und die bürgerlichen Medien das gerne verdrehen, ist die Entwicklung die übliche: Gutes Wetter, viele Leute sind unterwegs, „am Eck“



Messer auf einem Spielplatz in der Neustadt

sammeln sich viele Menschen an, dann wird traditionell ein Ball auf die Kreuzung geschossen oder ein paar Leute stehen auf der Straße rum – und schon sind die Bullen da. Nur diesmal hatten sie davor halt schon eine höhere Präsenz. Die Bullen fangen früh, ohne dass etwas großes passiert wäre, außer, dass sich viele Menschen an einer Kreuzung versammelt haben, an, die Ecken der Kreuzung zu besetzen. Dort treiben sie die Leute auseinander und ziehen so von einer zur nächsten Ecke. Dagegen wehren sich die Leute, zwischendurch werden immer wieder Parolen wie „Bullenschweine“ oder „Ganz Bremen hasst die Polizei“ gerufen. Erst, wenn der Morgen anbricht und ein Großteil der Menschen die Kreuzung verlässt, gelingt es den Bullen, die Situation unter Kontrolle bringen und mit einigen Festnahmen die Kämpfe zu beenden. Doch z.B. im Nachhinein an die Auseinandersetzungen an Himmelfahrt stellten Polizei und bürgerliche Medien (hier Weser Kurier) die Sache so dar, als wäre eine Schlägerei der Auslöser gewesen:

„...Vorausgegangen war eine Körperverletzung vor einem Imbiss am Sielwall. Dort hatte sich ein Gast über sein Essen

beschwert, woraufhin er von einem Imbiss-Mitarbeiter mit Fäusten attackiert wurde. Er musste von Rettungskräften behandelt werden. Während der Anzeigenaufnahme strömten immer mehr Menschen zum Sietwall..."

Dass, wenn die Bullen erst mal da sind und was los ist, mehr Leute kommen, versteht sich von selbst. Aber der Auslöser sind keine Prügeleien von Individuen, sondern eben die Schikane der Bullen, die ganz nebenbei 100 Meter von der Kreuzung entfernt sechs bis neun Wannen parken. Aber zu lesen war in den Lokalnachrichten überhaupt gar nichts davon. Entweder es ist schon so normal und alltäglich, dass es regelmäßig am Sietwall kracht, oder sie haben nichts mitbekommen; mehr Ausreden kann es da nicht geben. Sie berichten oft lieber über Individuen und deren Umgang mit der jetzigen Situation anstatt über Nachrichten, die dem Volk Hoffnung geben und die Kampfbereitschaft steigern könnten.

Aber was wir vor allem feststellen müssen, ist, dass die Bullen in dieser Zeit offenbar sehr viel Wert darauf legen, Aufstandsbekämpfung mittels der Gegebenheiten des aktuell herrschenden Ausnahmezustands zu erproben. Sie sammeln Erfahrungen, wie das Volk in solchen Situationen

reagiert; Erfahrungen, die ihnen später sehr nützlich sein können. Und deshalb nehmen sie es scheinbar gerne in Kauf, Woche für Woche die Massen im Viertel weiter zu belästigen, zu verängstigen und ihre Wut abzubekommen, während sich um den Psycho, der die Messer auf den Spielplätzen anbringt, kaum einer kümmert. Warum keine Wache nachts auf Spielplätzen? Warum versucht man nicht, den Täter auf frischer Tat zu ertappen, warum stellen sie die Beamten, die doch zur selben Zeit im Viertel Leute einschüchtern, nicht der Sicherheit von Kindern zur Verfügung? Bulle sein bedeutet eben Ausbeutung und Unterdrückung zu verteidigen. Je mehr um ihre Kinder besorgte Eltern sich allein gelassen fühlen und anfangen, Spielplätze zu meiden, desto klarer wird das.

Auch in Bezug auf die Schikane im Viertel wird die Haltung immer deutlicher, und insbesondere immer mehr Jugendliche erkennen, dass es zwischen denen und uns einen Riss durch die Welt gibt. Unterschiedlichste Kräfte aus dem Volk also reagieren auf die Schikane. Die Bullen müssen sich Gedanken machen, wie lange ihre Aufstandserprobung noch halbwegs ungefährlich für sie ist, und ab wann sie die eigene Saat ernten werden. •



Die Sietwallkreuzung zu Zeiten des Ausnahmezustands - scheinbar alles beim Alten

DIE SCHWABE BLEIBT!

Die ehemalige Kulturstadt Weimar ist ständig im Wandel. Vor allem für Touristen wird viel geboten. Kunstfeste, Töpfermärkte und sonstige Events reißen sich schier unaufhörlich aneinander. Und für das Bauhausmuseum werden wie selbstverständlich Ressourcen aufgebracht und Straßen umgeleitet.

Die Wohnkultur und vor allem die gute Kinderstube vieler Vermieter lassen allerdings öfter zu wünschen übrig und so ist so mancher Wandel eine echte Bedrohung für Mieter. Die Bewohner eines Hauses in der Schwabestraße müssen das gerade am eigenen Leib erfahren.

Ihr Vermieter und Eigentümer ihres Wohnraums, die Euphoria GmbH, macht ernst und kernsaniert das Haus, in dem manche der Bewohner schon seit über zehn Jahren leben. Eine Räumungsklage war vorerst erfolglos und wurde vom Amtsgericht Weimar abgewiesen, dennoch setzten sich am Ende die Vermieter durch. Sie haben erfolgreich einen großen Teil der Mieter aus ihren Wohnungen geekelt. Die alten Mietverträge sahen dabei bis zu drei Euro pro Quadratmeter Kaltmiete vor. Nach der Kernsaniierung werden die Kaltmieten dabei um die 13 € pro Quadratmeter liegen.

Um den Bewohnern das Leben so unangenehm wie möglichzugestalten, setzt die Vermieter dabei offene

Schikane ein. Sie entkernen die leeren Wohnungen und nehmen in Kauf, dass sich hier Tauben einnisten und alles verdrecken. Mieter berichten davon, dass immer wieder das Wasser abgestellt wird. Die Gasanlage ist bereits vollständig zurückgebaut. Sogar die Sandkiste vor dem Haus musste weichen, da den Miethaien anscheinend sehr bewusst ist, wie wichtig den Mietern das Wohlbefinden ihrer Kinder ist. In einem Fernsehbericht wurde sogar über Löcher in den Zimmerdecken berichtet. Kommentar der Vermieter auf Nachfrage der Reporter: Es sei weiter mit massiven Beeinträchtigungen der Wohnqualität während der Sanierungsarbeiten zu rechnen. So mancher Mieter musste vor dem Terror der Vermieter kapitulieren. Von ursprünglich zwölf Wohnungen des Aufgangs Nr. 9 sind nur noch vier Wohnungen bewohnt.

Ganz allgemein zieht die Veränderung und die vermeintliche Aufwertung vieler Kieze in Weimar eine Spur der Verwüstung hinter sich her. Viele Weimarer können sich erinnern, wie sie sich beim Bäcker um die Ecke ein Käsebrötchen vor der Schule leisten konnten. Doch auf Schüler mit Taschengeld sind die Brot- und Kuchenmanufakturen mit ihren arbeiterfeindlichen Preisen nicht ausgelegt. Konnte man früher so manchen Pimpf mit Schulranzen dabei beobachten, wie er sich am Schaufenster von Waffenseelig die coolen Schwerter und Zierpistolen



Impressionen des Gebäudezustands an der Schwabestraße

ansah, reiht sich nun Atelier, Manufaktur, Boutique und Co. aneinander. Sicher, Veränderung ist gut und nicht alles kann immer so weiter gehen. Aber die Veränderungen und Aufwertung und Ausrichtung der Stadt auf Vorzeigetourismus schlägt sich eben auch auf die Lebensqualität der Weimarer nieder.

Konnte man sich in der Nordvorstadt und im Schlachthofviertel noch vor 4-5 Jahren eine annehmbare Altbauwohnung ergattern, kehrt mit dem Bioladen in der Rosenthalstraße schon das nächste Bauprojekt für Eigentumswohnungen ein. Wer dank Kinderzuwachs gezwungen war, in der letzten Zeit umzuziehen, kann den Preisanstieg am eigenen Leib erfahren. Aus was man früher noch eine 4-Raum-WG mit großer Küche bezahlen konnte, wird jetzt nur noch ne kleine Dachgeschosswohnung mit 2 ½ Zimmern.

Und schon früher waren die Altbauwohnungen nicht der Hammer! Hohe Heizkosten dank ungedämmter Wand und ausgeleierter Tür stehen auf kaum einem Wunschzettel junger Wohnungssuchender. Trotzdem versprechen Sanierung und Renovierung der Wohnungen eben nicht unbedingt nur Verbesserung der Wohnqualität, sondern auch höhere Mieten. Und da bleibt man lieber in einer ungedämmten Bude, wo die Fenster knattern wenn ein Bus vorbeifährt. Und gutes Wohnen muss man sich leisten können. Zumal der größte Teil der Bevölkerung mehr als ein Drittel, viele sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Wohnraum allein ausgeben müssen.

Und so ist der Kampf der Mieter aus der Schwabestraße in vielerlei Hinsicht gerechtfertigt.



Sie verlieren nicht nur ihre Heimat und müssen sich von einem lieb gewonnenen Wohnort trennen, von Nachbarn die zu Freunden wurden, sondern eben auch von einem letzten Überbleibsel bezahlbaren Wohnraums in Weimar.

Vermieter nutzen das Grundbedürfnis der Massen nach einem Dach über dem Kopf aus. Die meisten Menschen werden nie genug auf einmal auf dem Konto haben, um sich eigenen Wohnraum zu kaufen. Sie sind also dazu gezwungen, sich jemanden zu suchen, der Wohnraum besitzt, den er nicht selbst benötigt, und ihn deshalb gegen regelmäßige Zahlung einer Miete zu übertragen. Für den Vermieter hat der Wohnraum nur den Nutzen, als Wertanlage zu fungieren. Als Wertanlage, die man von der reichen Oma geschenkt bekommt oder die einem die reichen Eltern vermachen. In dem Maße, wie es Miethäuser wie die Vonovia, Deutsche Wohnen und Consorten die Sache betreiben, hat es jedoch gar nix mit Altersvorsorgeplänen zu tun. Hier besitzt man nicht zwei Wohnungen, obwohl man nur in einer wohnen kann. Hier gehören hunderttausende Wohnungen in verschiedenen Städten zum Kapital von Wohnungsbaukonzernen. Der Wohnraum ist hier vollkommen unabhängig von seinem Gebrauchswert für die Mieter. Im Gegenteil, oft nutzt er den Konzernen mehr, wenn er leersteht und verfällt. Das Volkshaus in der Ebertstraße und die alte Eisdiele an der Ecke Hummelstraße, Schützengasse sind traurige Beweise dafür.

Die Forderung kann nur sein: Die Wohnungen denen, die drin wohnen! Die Verwertungslogik des Kapitalismus macht alles zur Ware und die Grundbedürfnisse zur Erpressungsgrundlage unserer Klasse. Die Enteignung der Bonzen, der Schlotbarone wie der Wohnungskonzerne ist notwendige Grundlage für eine bedarfsgerechte, gemeinsam organisierte Versorgung der Menschen. Nur durch die sozialistische Revolution können wir organisieren, dass unser aller Bedürfnisse gemeinsam befriedigt werden können, wenn jeder seinen Teil beitragen kann. Erst wenn wir nicht mehr von den Besitzern der Produktionsmittel und der Wohnungen abhängig sind, erst, wenn sie sich nicht mehr auf unsere Kosten bereichern können, treten wir endlich in einen wahrhaft menschlichen Zustand ein. •

REZENSION: „DER ÜBERLÄUFER“ VERFILMUNG - TOTALITARISMUSKITSCH FÜR DIE ARD

Ein Genosse hat sich die Mühe gemacht und sich mit den Wahrheitsgehalt von ARD-Verfilmungen beschäftigt, dessen Ergebnis wir hier veröffentlichen wollen.

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt der ehemalige Wehrmachtssoldat und Deserteur Siegfried Lenz einen Roman über einen deutschen Soldaten, der in Polen desertiert und sich der Roten Armee anschließt. Ein Skandal im Fortsetzerstaat BRD, denn Deserteure galten vielen ganz selbstverständlich weiterhin als Verräter und Nestbeschmutzer. So auch beim Verlag Hoffmann und Campe, der eine Veröffentlichung verweigerte. Der zuständige Gutachter Otto Görner forderte erst eine Überarbeitung und lehnte diese „entschärfte“ Zweitfassung dann ganz ab. Dass Görner bei der SS war, wurde erst viel später öffentlich und „Der Überläufer“ blieb für viele Jahrzehnte ein Manuskript. Auf die letztendlich posthume Veröffentlichung im Jahr 2016 folgte schnell eine Verfilmung des Werkes für die ARD-Mediathek, die einen schaudern lässt.

Der Film setzt 1944 ein. Der verschlossene Soldat Walter Proska ist auf Heimaturlaub in Pommern. Auf dem Weg zurück zur deutsch-sowjetischen-Front verliebt er sich Hals über Kopf in die Polin Wanda, die, wie sich später herausstellt, Partisanin ist. Dieses Zusammentreffen, das reichlich konstruiert wirkt, findet vor den polnischen Sumpfgebieten sein Ende. Kurze Zeit später wird der Zug, in dem Proska reist, Ziel eines Sprengstoffattentats. Proska überlebt und wird von einem Wehrmachtssoldat zu dessen Einheit gebracht. Diese stellt sich als ziemlich kleine und

abgerissene Truppe heraus, die in den polnischen Sümpfen zur Partisanenbekämpfung abgestellt wurde. Im Laufe des Krieges wurden die, zumeist von Kommunisten geführten, Partisanengruppen eine zunehmende Gefahr für Hitlers Wehrmacht in Osteuropa. Im November 1941 schrieb der Wehrmachtsgeneral Gotthard Heinrici an seine Familie, dass die Partisanen „fest untereinander verschworen [sind]. Sie lassen sich erschießen, ohne ihre Kameraden zu verraten.“ In seinem Tagebuch notierte er: „Die Standhaftigkeit der Partisanen beeindruckt alle. Niemand verrät etwas, alle schweigen und empfangen den Tod.“ (Johannes Hürter: *Notizen aus dem Vernichtungskrieg*) Die große Entschlossenheit der Partisanen beantwortete die Wehrmacht mit speziellen Truppenteilen und Vernichtungskrieg.

In „Der Überläufer“ wirken die einfachen Soldaten der Einheit hingegen wie ein Musterbeispiel für die reaktionäre These von der „sauberen Wehrmacht“. Wie der Protagonist sehen sie wenig Sinn in der Weiterführung des Krieges, schludern bei der Erfüllung ihrer Befehle und zeigen Empathie mit der Zivilbevölkerung. Die faschistische Ideologie wird quasi ausschließlich durch den befehlenden Unteroffizier verkörpert, der auch die eigenen Untergebenen sadistisch schikaniert und den alle verabscheuen. Wenn sich die Soldaten oppositionell äußern, ist wie schon im Buch nur von



Proska auf einer Siegesfeier der Roten Armee

„der Klicke in Berlin“ die Rede. Das polnische Dorf, in dessen Umkreis die Partisanen operieren, wird von den Soldaten gänzlich in Ruhe gelassen. Das ist Geschichtsklitterung in Reinform, denn Terror gegen die Zivilbevölkerung war ein fester Bestandteil der Aufgaben sogenannter Rückwärtiger Einheiten. Schriftlich festgehalten findet sich dies in einem Erlass Hitlers von 1941: *„Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterlistig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich [...] kollektive Gewaltmaßnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.“* Davon ist bis auf die Ermordung eines Priesters im Film keine Spur. Stattdessen schafft es Proska regelmäßig, seine Geliebte zu treffen, die er „Eichhörnchen“ nennt. Der kitschige Höhepunkt ist ein Stelldichein im Kornfeld, so als würde es den Krieg gar nicht geben. Für letzteres steht übrigens ihre ganze Beziehung. Wanda versucht gar nicht erst Walter für die Sache der Partisanen zu instrumentalisieren. Walter zweifelt währenddessen an der Sinnhaftigkeit des Krieges, fühlt sich aber stets an „die Pflicht“ gebunden. Schließlich schaffen es die Partisanen, den Wehrmachtsposten aufzureiben. Proska torkelt mit Knalltrauma davon und wird von Rotarmisten aufgegriffen. In der Gefangenschaft wechselt er notgedrungen die Seiten, um den Tod zu entgehen. Desertieren sieht anders aus. Diese Halbheit findet sich schon in der Romanvorlage. Während Proska in der Urfassung schon als Soldat bewusst Partei für die Rote Armee ergreift, wird er in der entschärften Fassung erst in Gefangenschaft zum „Überläufer light“. Trotz der inzwischen bekannten Veröffentlichungsgeschichte haben sich die Filmemacher für zweiteres entschieden. Dass der Titel des Filmes dennoch nicht irreführend ist, wird sich erst später zeigen.

Im Zweiten Teil des Films sorgt Proska als Mitglied einer Propagandakompanie der Roten Armee dafür, dass Wehrmachtssoldaten ihren Kampf aufgeben. In einer der seltenen sich lohnenden Szenen nimmt er an einer Siegesfeier der Roten Armee teil. Dabei werden Unterschiede in der militärischen Kultur deutlich. Anders als in der Naziarmee dominiert hier beschwingte Brüderlichkeit, auch zwischen den militärischen Rängen. Die Szene wird mit dem gemeinsamen Singen der Internationale gekrönt. Nach dem Kriegsende macht Proska nahtlos Karriere in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).



Unpassende Romantik - Walter und Wanda

Als Beamter entscheidet er, wer Passagierscheine bekommt und wer nicht. Doch schon seit seinem opportunistischen Überlaufen hadert er mit der Sowjetmacht, er fragt sich: Werden die kapitulierenden Soldaten nicht vielleicht doch kaltblütig erschossen? Proska geht immer vom Schlimmsten aus. Haben die Sozialisten überhaupt das Recht, im Rahmen einer Entnazifizierung Urteile über die Faschisten zu fällen? Seine Antwort lautet „Nein“, denn die „Klicke“ ist ja schon gefasst. Er nimmt nie den Standpunkt der Arbeiterklasse ein, für ihn gibt es weiterhin nur „Deutsche“ und „Russen“. Die Sozialisten seien doch nicht besser als die Nazis, denn nur „drüben“ herrsche ja Freiheit und Democracy. Das ist umso zynischer, wenn man an die Entstehungsgeschichte des Buches denkt. Im absurden Höhepunkt dieser halbfaschistischen Moral wird Proska auch noch zum Fluchthelfer für den sadistischen Wehrmachtsoffizier, der inzwischen verdienterweise im Hohenschönhauser SMAD*-Knast gelandet ist. Proska entzieht sich schließlich den Sowjetbehörden, indem er in den Westen flieht. So wird er tatsächlich noch zum waschechten „Überläufer“, dieses Mal nämlich aus voller Überzeugung.

Dieser Film stellt selbst so manche Kalter-Krieg-Propaganda in den Schatten. Schamlos werden die Verbrechen der Faschisten erst relativiert und im Folgenden dann die Auschwitzmörder mit den Auschwitzbefreiern gleichgesetzt. Die Klassengesellschaft BRD wird so unterschwellig als moralisch einwandfrei verklart. Kein Wunder, dass die Rezensionen in den großen bürgerlichen Zeitungen durchweg Lobeshymnen sind. Sie bescheinigen dem Film sogar eine unheimliche Werkstreue, obwohl die Episode in der SBZ im Buch erheblich kürzer ausfällt. Wie passend sind da Lenins Worte: **„Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin dein Fehler besteht!“** •

*Sowjetische Militäradministration in Deutschland



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM JULI

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

